

NEWSLETTER DER LANDESGRUPPE NIEDERSACHSEN IN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

(27. Januar 2006)

THEMEN:

- SPD-KÜSTENGANG WIEDER KONSTITUIERT – MARGRIT WETZEL ALS LOTSIN BESTÄTIGT
- NEUE AUFGABEN FÜR NIEDERSACHSENS SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETE
- RECHTE VON LANDWIRTEN UND VERBRAUCHERN BEI DER GRÜNEN GENTECHNIK SICHERN
- KEINE NOTWENDIGKEIT FÜR „MINISTERERLAUBNIS“ UND FÜR ÜBERSTIMMEN DER KEK-ENTSCHEIDUNG ERKENNBAR
- SPD-POLITIKER UNTERSTÜTZT STOLPERSTEIN INITIATIVE
- ENTWURF DER EU-RICHTLINIE „FERNSEHEN OHNE GRENZEN“ LÄSSTE FRAGEN OFFEN
- WEITERE INFORMATIONEN IM INTERNET

SPD-KÜSTENGANG WIEDER KONSTITUIERT – MARGRIT WETZEL ALS LOTSIN BESTÄTIGT

Die SPD-Küstengang – Vereinigung der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus den fünf Küstenländern – hat sich in der Landesvertretung Bremen wieder konstituiert und ihre Sprecherin Dr. Margrit Wetzel im Amt der „Lotsin“ bestätigt. „In enger Zusammenarbeit mit den verschiedenen Partnern aus maritimer Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden und ganz besonders unserem heutigen Gast, Herrn Staatssekretär Adamowitsch, konnten wir in der Vergangenheit viel erreichen. Wir wollen diese gute und fruchtbare Arbeit fortsetzen und vertiefen.“, erklärt die Lotsin Dr. Margrit Wetzel. Die SPD-Abgeordneten verständigten sich auf ein umfangreiches Arbeitsprogramm, um küstenbezogene Themen zeitnah mit zu gestalten. „Ein besonderer Schwerpunkt wird die nächste „Maritime Konferenz“ sein“, so die Küstenabgeordnete.

„Seit der ersten Maritimen Konferenz erlebt unsere maritime Industrie eine rasante Erfolgsgeschichte. Die Zusagen über die Zahl der Rückflaggungen, die im Rahmen des Maritimen Bündnisses mit „100 + x“ vereinbart wurde, konnte von der Reederseite mit 135 Nettorückflaggungen Ende Dezember 2005 eingehalten werden. Ein erfreuliches Resultat! Auch die Zahlen des Bordpersonals unter deutscher Flagge entwickeln sich positiv. In den vergangenen zwei Jahren gab es einen Zuwachs von ca. 2.500 Stellen auf insgesamt 12.961 Beschäftigte. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber auch, dass wir einen Mangel an deutschen Facharbeitskräften haben, den es aufzuholen gilt. Wir müssen unsere Anstrengungen noch mehr auf Ausbildung konzentrieren“, mahnt Margrit Wetzel. „Denn gerade die enorm gestiegenen Zahlen bei Ausbildungsverhältnissen zeigen, dass der Maritime Standort Deutschland gut aufgestellt ist und eine verlässliche Zukunft hat.“ Als Lotsin der SPD-Küstengang versteht sich Margrit Wetzel als Moderatorin für den maritimen Standort Deutschland.

NEUE AUFGABEN FÜR NIEDERSACHSENS SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETE

In dieser Woche haben mehrere Mitglieder der Landesgruppe Niedersachsen der SPD-Bundestagsfraktion weitere Aufgaben im Deutschen Bundestag übernommen.

Die Wedemarker Abgeordnete Caren Marks ist nach der Erweiterung des Sportausschusses ordentliches Mitglied im Sportausschuss des Deutschen Bundestages. „Das ist eine sinnvolle Verknüpfung mit meiner Arbeit im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Aufgabenspektrum beider Ausschüsse wird auf aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen reagiert“, betonte Marks.

Die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Monika Griefahn aus Buchholz, ist als stellvertretendes Mitglied in der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ vertreten. Gabriele Groneberg aus Cloppenburg arbeitet für die Landesgruppe Niedersachsen in der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion. Die Lüneburger SPD-Bundestagsabgeordnete Hedi Wegener ist auch in der 16. WP wieder Mitglied der Deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

RECHTE VON LANDWIRTEN UND VERBRAUCHERN BEI DER GRÜNEN GENTECHNIK SICHERN

Im Vorfeld der ersten Lesung des Gentechnikänderungsgesetzes hatte es bereits einige Aufregung zwischen den Koalitionspartnern gegeben. Der zuständige Bundesminister Seehofer hatte Änderungen angekündigt, SPD-Parlamentarier hatten auf den Koalitionsvertrag gepocht. In der heutigen Beratung ging es zunächst nur um einen Teil der strittigen Punkte, da Deutschland von der EU-Kommission verpflichtet worden ist, bis Mitte Februar Regeln für Freisetzungsversuche und gentechnisch veränderte Pflanzen in deutsches Recht umzusetzen.

Der niedersächsische SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Matthias Miersch führte in seiner Rede aus: „Es geht bei der grünen Gentechnik und den damit zusammenhängenden Rechtsgrundlagen um elementare Rechte von Bäuerinnen und Bauern und um elementare Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Im Koalitionsvertrag werden diese Rechte klar benannt, nämlich die Koexistenz und die Wahlfreiheit.

In der Praxis heißt das konkret: Die Verbraucher sollen zwischen den verschiedenen Produkten frei wählen können. Und: Die Landwirte, die bei ihrer Arbeit auf eine Jahrhunderte alte Tradition setzen, sollen geschützt werden. Wenn Landwirte eine neue Technik einsetzen, die Schäden verursacht, müssen sie diese ersetzen. Das ist doch eigentlich verständlich und auch selbstverständlich.

Aber wie es so oft im Leben ist, gilt auch hier der Spruch: das eine ist die Theorie, das andere ist die Praxis. In der aktuellen Rechtssituation ist es bereits für Landwirtinnen und Landwirte jetzt schon sehr schwierig z.B. bei mangelhaften Saatgutlieferungen entsprechende Schadenersatzforderungen zu stellen. Jahrelange Prozesse sind dann die Folge. Jahrelange Prozesse vernichten aber Existenzen und jahrelange Prozesse schaffen keine neuen Arbeitsplätze.“

Miersch kündigte an, dass seine Fraktion in den nun folgenden Ausschussberatungen darauf achten werde, dass das Recht der Öffentlichkeit auf Information ausreichende Berücksichtigung findet. „Nur die größtmögliche Transparenz wird die Wahlfreiheit der Verbraucher garantieren können,“ erklärte der SPD-Politiker.

KEINE NOTWENDIGKEIT FÜR „MINISTERERLAUBNIS“ UND FÜR ÜBERSTIMMEN DER KEK-ENTSCHEIDUNG ERKENNBAR

Anlässlich der Untersagung der geplanten Übernahme der ProSiebenSat.1 AG durch den Axel-Springer-Verlag durch das Bundeskartellamt erklärte die Sprecherin der Arbeitsgruppe für Kultur und Medien, Monika Griefahn:

„Das Bundeskartellamt hat - wie erwartet - die Übernahme der Fernsehgruppe ProSiebenSat.1 durch den Verlag Axel Springer untersagt. Das Bundeskartellamt hatte bereits im Laufe des Verfahrens in mehreren Zwischenbescheiden erhebliche kartellrechtliche Bedenken an der geplanten Übernahme geäußert und eine Untersagung der Fusion in Aussicht gestellt. Mit seiner jetzigen Entscheidung stellt das Bundeskartellamt fest, dass Springer mit der Übernahme des größten deutschen TV-Senders eine marktbeherrschende Stellung im Lesermarkt für Boulevardzeitungen und im TV-Werbemarkt erlangt hätte.

Nachdem die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) vor wenigen Tagen die geplante Übernahme der ProSiebenSat.1 Media AG durch den Axel-Springer-Verlag aus medienrechtlichen und vielfaltsichernden Erwägungen abgelehnt hatte, hat nun das Bundeskartellamt diese geplante Fusion aus wettbewerbs- und kartellrechtlichen Gründen untersagt.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt diese Entscheidungen des Bundeskartellamtes und der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) als folgerichtig und konsequent. Sie sind zugleich ein Beleg dafür, dass die Aufsichtsbehörden zur Sicherung des Wettbewerbs wie auch zur Sicherung der Medienvielfalt in Deutschland auf der Basis des bestehenden Wettbewerbs- und Medienrechtes funktionieren.

Der Springer-Verlag hat angekündigt, alle rechtlichen Möglichkeiten sowie auch die Beantragung einer „Ministererlaubnis“ zu prüfen, mit der sich der Bundeswirtschaftsminister mit einer Sondergenehmigung über die Entscheidung des Kartellamtes hinwegsetzen könnte. Eine Ministererlaubnis kann dann erteilt werden, wenn ein überragendes Interesse der Allgemeinheit

besteht oder die gesamtwirtschaftlichen Vorteile überwiegen – eine derartige Notwendigkeit ist jedoch bei der geplanten Übernahme der ProSiebenSat.1 AG durch den Axel-Springer-Verlag nicht erkennbar.

Was die Entscheidung der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) anbelangt, so haben bereits einige Landesmedienanstalten gefordert, diese Entscheidung mit einer 2/3-Mehrheit der Direktoren der Landesmedienanstalten zu revidieren und so diese Fusion doch noch zu ermöglichen. Aus medienpolitischer und auch aus gesellschaftspolitischer Perspektive wäre dies jedoch eine höchst problematische Entwicklung: Ein demokratisches Gemeinwesen ist ohne den freien Zugang zu qualitativen Informationen als Grundlage der Meinungsbildung und Meinungsvielfalt nicht denkbar. Daher kommt der Gewährleistung einer hinreichenden Medienvielfalt insgesamt eine wesentliche, kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) wie auch das Bundeskartellamt haben mit ihren Entscheidungen ihren jeweiligen gesetzlichen Auftrag erfüllt und sich gegen eine Einschränkung der Medienvielfalt und des Wettbewerbes ausgesprochen. Der Bundeswirtschaftsminister und die Landesmedienanstalten sind nun aufgefordert, sich nicht einfach über die Entscheidung der eigens für die Konzentrationskontrolle eingerichteten Aufsichtsbehörden hinwegzusetzen, um dieses Vorhaben - trotz aller vorgetragenen Bedenken und ohne erhebliche Auflagen zu genehmigen.“

SPD-POLITIKER UNTERSTÜTZT STOLPERSTEIN INITIATIVE

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch will nicht nur im Deutschen Bundestag den Opfern des Nationalsozialismus gedenken, sondern möchte mithelfen, in Niedersachsen ein sichtbares Zeichen zu setzen. Er unterstützt deshalb die Initiative der Lehmann-Stiftung von der er durch Kerstin Beckmann, der stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums, erfahren hat. An sechs Orten in Barsinghausen sollen Stolpersteine eingelassen werden, um an ermordete Barsinghäuser zu erinnern.

„In anderen Orten meines Wahlkreises gibt es diese Stolpersteine bereits und ich freue mich, dass nun auch in Barsinghausen diese Aktion initiiert worden ist“, erklärte der SPD-Politiker. „Gerne beteilige ich mich deshalb an dieser Aktion und werde das Geld für einen Stolperstein spenden“, kündigte der Parlamentarier an. „Ich möchte den Reden auch das konkrete Handeln folgen lassen“, erklärte Miersch anlässlich der Gedenkveranstaltung im Berliner Reichstag.

Am 27. Januar 1945 – also vor nunmehr 61 Jahren – wurde das Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. Auschwitz steht dabei symbolhaft für den vielerorts durchgeführten Völkermord und für die Millionen Opfer, die durch das Regime des Nationalsozialismus entrechtet, verfolgt und ermordet wurden.

ENTWURF DER EU-RICHTLINIE „FERNSEHEN OHNE GRENZEN“ LÄSSTE FRAGEN OFFEN

Anlässlich der Unterrichtung durch den Beauftragten für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, zur Revision der EU-Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien sagte die Sprecherin der Arbeitsgruppe für Kultur und Medien, Monika Griefahn: „Die vorgesehene Revision der EU-Richtlinie `Fernsehen ohne Grenzen´ wird von der SPD-Bundestagsfraktion in Teilen sehr kritisch bewertet, insbesondere die Liberalisierung der Werbevorschriften und die Erlaubnis von Product Placement in Fernsehbeiträgen. Die Trennung von Werbung und Programm erscheint mit dem vorgelegten Entwurf nicht mehr hinreichend sichergestellt zu sein.“

Vor allem die vorgesehenen Regelungen zu „Product Placement“ müssten daher noch einmal grundlegend überprüft und auch auf ihre tatsächliche Notwendigkeit hinterfragt werden, so Griefahn.

Die EU-Kommission hat im Dezember 2005 den Entwurf zur Neufassung der aus dem Jahr 1989 stammenden Europäischen Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ vorgelegt (Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität). Die Neufassung soll auf die Digitalisierung und Konvergenz der Medien reagieren und einen Schritt in Richtung Angleichung der Regulierung audiovisueller Inhalte in verschiedenen Medien gehen – einschließlich mobiler Verbreitungswege und Internet. Im Zentrum der

Neufassung stehen Änderungen der Werbevorschriften, die in der Vorbereitungsphase am heftigsten umstritten waren.

Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag begrüßt angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und Konvergenz die Fortentwicklung der EU-Fernsehrichtlinie vom Grundsatz her, sieht jedoch im weiteren Verfahren durchaus noch einige offene Fragen. „Dies betrifft vor allem die Frage des Anwendungsbereiches der Richtlinie und die vorgesehene Liberalisierung der Werbevorschriften. So ist mit Blick auf den Anwendungsbereich zwar der Ansatz zu begrüßen, dass Regelungen sich an den Inhalten und nicht an den Übertragungswegen orientieren müssen. Im vorgesehenen Entwurf ergeben sich dennoch einige nicht zu vernachlässigende Abgrenzungsprobleme“, sagte die SPD-Politikerin.

WEITERE INFORMATIONEN IM INTERNET

<http://www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de>

Ausführliche Hintergrundinformationen zur Landesgruppe gibt es im Internet. Termine, Pressemitteilungen, Kontaktdaten und vieles mehr.

<http://www.spdfraktion.de>

Die SPD-Bundestagsfraktion informiert über ihre politische Tätigkeit.

<http://www.spd.de>

Aktuelle Meldungen des SPD-Parteivorstandes.

<http://www.spdnds.de/>

Alles über die SPD in Niedersachsen.

<http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp>

Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag.

<http://www.bundestag.de/>

Alles zum Thema Parlamentarismus in Deutschland. Aktuelles, Hintergründe, Geschichte und vieles mehr.

<http://www.bundesregierung.de>

Ausführliche Infos zu allen politischen Top-Themen.